

## P R O T O K O L L

zur öffentlichen Sitzung des Beirates beim Ortsamt Blumenthal  
am Montag, dem 09. Januar 2012 um 19.00 Uhr  
 in der Aula des Schulzentrums Blumenthal,  
 Eggestedter Straße 20, 28779 Bremen

### Anwesend:

#### Vom Ortsamt

Herr Nowack, Vorsitzender - Frau Britt, Protokoll

#### Vom Beirat

Frau Bensch, Herr Christahl, Herr Klingenberg, Frau Klinkmüller, Frau Kröger-Schurr,  
 Frau Krohne, Herr Pfaff, Herr Schupp, Herr Schurr, Herr Schwarz, Herr Sociu, Frau  
 Stitz, Herr Thormeier, Frau Zimmermann

es fehlten: Herr Böcker, Herr Dettmer, Herr Humpe

#### Gäste

Bernd Bauer, ver.di und Personalrat Feuerwehr Bremen

Angelika Gericke, Gewerkschaftssekretärin ver.di FB 7

Lars Hartwig, ver.di und Personalrat Feuerwehr Bremen

Karl-Heinz Knorr, Amtsleiter Feuerwehr Bremen

Detlef Scharf, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes

Klaus Schmitz, ver.di VP-Sprecher Feuerwehr Bremen

Sükrü Senkal, innenpolitischer Sprecher SPD-Bürgerschaftsfraktion

Holger Voß, Polizeirevier Blumenthal

### **Vertreter der Medien**

### Tagesordnung

1. Protokollgenehmigungen vom 10.10.2011, 14.11.2011, 12.12.2011

2. Mitteilungen

2.1 aus dem Ortsamt

2.2 des Beiratssprechers

3. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

4. Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in  
 Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

5. Sachstandsbericht zur Situation der Feuerwehr in Blumenthal

6. Anträge und Anfragen

#### aus der letzten Sitzung:

- Bündnis 90/Die Grünen  
 Antrag auf „ein neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände
- CDU  
 Änderungsantrag zum Antrag B´90/Grüne „neutrales  
 Schadstoffgutachten auf BWK-Gelände
- Die Linke  
 Präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit
- CDU  
 Schusswaffengesetz
- Die Linke  
 Änderungsantrag zum Antrag der CDU „Schusswaffengesetz“

7. Verschiedenes

## **TOP 1 Protokollgenehmigungen vom 10.10.2011, 14.11.2011, 12.12.2011**

- Protokoll vom 10.10.2011

Herr Schurr fragt warum als Anlage die Erklärung zum Begriff „Rabulistik“ verteilt wurde.

Es wird an die letzte Sitzung erinnert – dort wurde der Begriff benutzt, aber nicht weiter erläutert.

Frau Kröger-Schurr bittet darum, für die Bürger/innen eine lfd. Nummerierung vorzunehmen.

Der Beirat erhält zukünftig eine Liste mit den Namen der Bürger/innen.

Frau Krohne weist darauf hin, dass es auf Seite 3 statt „Lehmhorster Straße“ „Vorbergerstraße“ heißen muss.

Herr Schurr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung (GO) auf Aussetzung der Genehmigung des Protokolls.

Herr Schwarz spricht dagegen und beantragt Abstimmung über das Protokoll.

Abstimmung des GO-Antrages von Herrn Schurr: Dieser wird mit 4-Ja und 10-Nein Stimmen abgelehnt.

**Das Protokoll wird mit 10-Ja und 4-Nein Stimmen genehmigt.**

- Protokoll vom 14.11.2011

Herr Klingenberg erklärt, dass unter TOP 5 der Zusatz fehlt, dass der Beirat einen Beschluss gefasst hat, dass das Ortsamt aufgefordert wird einen Presseaufruf an die Bevölkerung zu richten um sich für geeignete Dachflächen für Bürgersolaranlagen zu melden.

Frau Krohne weist auf Fehler im Text zu TOP 6 hin.

Sie wird gebeten Änderungswünsche schriftlich an das Ortsamt zu geben.

Die Protokollgenehmigung wird ausgesetzt.

- Protokoll vom 12.12.2011

Herr Schurr erklärt, dass es zum TOP 7 „Restvergabe Globalmittel 2011“ eine Aussprache im Beirat gab. Dieser Verlauf ist im Protokoll nicht vermerkt. Es wurde nur das abgestimmte Ergebnis der Vergabe aufgeschrieben.

Frau Krohne beanstandet einen Satz auf Seite 6 (TOP 7) – Antwort auf ihre Frage zum Fassadenprogramm.

Herr Schurr zum TOP 8 Anträge – Antrag der NPD.

Bevor Herr Schwarz den Vorschlag unterbreitet hat, den Antrag in einen Fachausschuss zu überweisen, hat Herr Schurr vorgeschlagen über den Antrag an diesem Abend abzustimmen. Danach wurde über den „Änderungsantrag“ von Herrn Schwarz abgestimmt.

Herr Schwarz stellt einen Antrag zur GO: Änderungen und Ergänzungen zu Protokollen sollen in Zukunft rechtzeitig schriftlich im Ortsamt eingereicht werden.

Der Vorsitzende bittet Herrn Schwarz zur nächsten Sitzung einen schriftlichen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung zu stellen.

Der Vorsitzende bittet den Beirat um Verständnis, dass aufgrund der derzeitigen personellen Situation im Ortsamt die Protokolle mal nicht pünktlich zur nächsten Sitzung fertig sind.

Bei den Formulierungen sollte nicht wegen jeder Kleinigkeit gestritten werden – trotz Bandaufnahmen machen Wortprotokolle keinen Sinn. Es soll sich auf das Wesentliche konzentriert werden.

**Das Protokoll wird mit 10-Ja und 4-Nein Stimmen genehmigt.**

### **TOP 2.1 Mitteilungen aus dem Ortsamt**

- In den nächsten Wochen werden im Bereich des Bunkers Valentin Verkehrssicherungsarbeiten durchgeführt und dafür Bäume gefällt oder zurückgeschnitten. Davon sind fünf Bäume betroffen und es wird etliches an Totholz beseitigt.
- Es gab einen Artikel in der Norddeutschen über die „Zeugen einer verquerten Politik“, in dem den Fachleuten und Beiräten wenig Fantasie bei der Entwicklung der Stadtteile unterstellt wird, insbes. Dem Stadtteil Blumenthal wird keine realistische Chance zur Wiederbelebung des Zentrums prognostiziert. Der Vorsitzende hat mit dem Verfasser Herrn Dr. Tholen einen Gesprächstermin vereinbart.
- Standortfrage Jobcenter Bremen-Nord – Vorteile für den Stadtteil, wenn das Jobcenter in Blumenthal installiert wird:

Hoher Effekt für die Ortsmitte, Jährliche Warmmiete beträgt ca. 500.000 €, keine öffentliche (Vor-) Finanzierung – es würde nur privates Geld fließen.

### **TOP 2.2 Mitteilungen des Beiratssprechers**

keine

### **TOP 3 Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Frau Krohne teilt mit, dass es Gerüchte gibt, dass wegen Einrichtung einer Oberschule am Schulzentrum Blumenthal der Bereich Erzieherinnenausbildung wegen Platzmangel nicht wie vorgesehen in die Schule Lüder-Clüver-Straße umzieht sondern in die Alwin-Lonke-Schule.

Außerdem möchte sie wissen, ob es ein langfristiges Schulkonzept gibt, zu dem eine langfristige Festschreibung gehört, wo Schüler nach 12 bzw. 13 Jahren das Abitur machen können. Welche Berufsbildenden Schulen werden zukünftig zum Stadtteil gehören?

Herr Schwarz erklärt, dass es einen klaren Beiratsbeschluss zur Oberschule gibt. Dieser sieht vor, dass alle Angebote im Stadtteil verbleiben.

Weiterhin fragt Frau Krohne, wie viele Schulbusse mit Einführung des neuen Busfahrplanes eingespart wurden. Es gibt Probleme für die Schüler mit den regulären Bussen rechtzeitig zum Unterricht zu kommen. Hier fordert sie Nachbesserung von Seiten der BSAG.

Außerdem möchte sie wissen, ob alle Gullydeckel im Zentrum Blumenthal angebunden sind. Es gab vor kurzem einen Vorfall, dass ein Geschäftsfenster mit einem Gullydeckel eingeschlagen wurde.

Sie fordert eine Auflistung über die Anzahl und Art der Straftaten in Blumenthal in den Monaten Dezember/Januar 2011/2012.

Zum Antrag „Schusswaffen-Steuer“ fragt sie, ob dies auch für Signalpistolen, die auf Booten bei Gefahr genutzt werden, gilt.

Herr Senkal erklärt, dass dies in Prüfung ist.

Herr Klingenberg fragt nach der Verwendung des „Repräsentationsfond“ des Ortsamtes, der aus Beiratsmitteln bezuschusst wurde.

Der Vorsitzende bietet Herrn Klingenberg Einsichtnahme im Ortsamt an.

Herr Schwarz fragt Herrn Voß, Leiter des Reviers in Blumenthal:

- Gibt es eine besondere Häufung von Einbrüchen in der Zeit von Weihnachten bis Heute? In Farge/Rekum gab es seines Wissens 5 Einbrüche.
- Was tut die Polizei dagegen? Und gibt es inzwischen Erfolge?

Herr Voß antwortet, dass es in jedem Jahr in den Monaten November und Dezember erhöhte Zahlen bei Einbrüchen gibt. Die Zahlen unterliegen jahreszeitlichen

Schwankungen. Die Polizei fährt ein Konzept, gegen die Wohnungseinbrüche. Maßnahmen laufen entsprechend; z.B. „mit den Augen des Täters“ und der Einsatz von künstlicher DNA. In den Bereichen gab es zuletzt auch nur sehr wenige Einbrüche.

Herr Voß bittet um Verständnis, dass er in der Öffentlichkeit nicht über die Taktik der Polizeikräfte sprechen wird.

Herr Schwarz fragt, ob es erneut Zuschüsse für die Bürger (Initiativen) geben wird.

Herr Voß antwortet, dass die Suche nach Sponsoren weitergeht. Zunächst sollen die Bürger versorgt werden, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten.

Die Kontaktdaten können an jedem Revier und den Ortsämtern erfragt werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es Gespräche mit der Firma gibt, um einen guten Preis auszuhandeln und mit dem Präventionsrat eine Neuauflage hin zu bekommen. Es wird dann einen entsprechenden Aufruf für die Bevölkerung geben.

#### **TOP 4 Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

Herr Schurr (Bürger, Wigmodistr. 28) stellt einen Bürgerantrag zur Veranstaltung „Marktplatz Blumenthal –Gute Geschäfte für Blumenthal (**Anlage**).

#### **TOP 5 Sachstandsbericht zur Situation der Feuerwehr in Blumenthal**

Herr Schmitz, Vertrauenssprecher bei der Feuerwehr erklärt, dass es in den vergangenen Jahren zu großen Veränderungen bei der Feuerwehr gekommen ist. Die personelle Situation hat sich mehr und mehr verschlechtert: Bei der Berufsfeuerwehr gab es in den 90-er Jahren ca. 600 Beschäftigten. Dann wurde die Zielzahl auf 499 Beschäftigte gesenkt. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 56 auf 48 Stunden reduziert. Dagegen wurde kein neues Personal eingestellt und ein Löschfahrzeug an der Feuerwache 6 eingespart. Stattdessen wurde die Arbeitszeit im Rettungsdienst angehoben. Die Einsatzzahlen haben sich erhöht. Das beschlossene Schutzziel wird seiner Meinung nicht immer eingehalten, daher fordert er mehr Sicherheit für die Kollegen und die Bürger.

Frau Gericke (verdi) macht deutlich, dass es sich um ein grundsätzliches Problem handelt. Sie bedankt sich offiziell bei allen Bediensteten der freiwilligen Feuerwehr und Berufsfeuerwehren für ihre Arbeit. Es wird eine starke Feuerwehr benötigt, die so schnell wie möglich da ist, wie es immer der aktuelle Stand vorsieht. Verdi fordert, dass der Standard „10 Einsatzkräfte in 8 Minuten“ erreicht wird und dass es zu keinen weiteren Personaleinsparungen kommt.

Für Bremen wird ein deutlicher Ausbau an Standards gefordert, wie es in anderen Großstädten bereits üblich ist.

Herr Knorr ergänzt, dass das Schutzziel für Bremen lautet: 8 Einsatzkräfte in 10 Minuten“. Das ist eine politische Vorgabe, dies wurde bereits im Jahr 2000 beschlossen und weicht bewusst – aus Kostengründen, da das Personal der größte Kostenfaktor ist- von den geforderten Standards von Leitern der deutschen Berufsfeuerwehren ab.

Zusätzlich wird der Bremer Norden im Bereich Brandschutz auch von der Feuerwache 5 abgedeckt; diese befindet sich äußersten südlichen Rand von Bremen-Nord, nahe den Stahlwerken. Außerdem werden zusätzlich bei Bränden die Freiwilligen Feuerwehren benachrichtigt, die vor Ort unterstützen oder die Feuerwache 6 besetzen, wenn die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr ausgerückt sind.

Herr Scharf, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes widerspricht einem Bericht aus der „Norddeutschen“ in dem behauptet wird, die Feuerwehr wäre am

Limit der Einsätze. Er möchte den Bürgern die Angst nehmen. Die Wehren in Farge und Blumenthal sind tagsüber mit ca. 80 Einsatzkräften besetzt. Die Freiwilligen Feuerwehren sind mit ca. 200 Kräften in ganz Bremen-Nord gut aufgestellt.

Herr Senkal hat ebenfalls aus der Presse entnommen, wie prekär die Personalsituation ist. Er verspricht die Diskussion zum Thema in der Innendeputation anzuschieben.

Herr Schwarz dankt den freiwilligen Feuerwehren für ihre Arbeit. Es stellt sich der Verdacht, dass der Senat mit deren Hilfe rechnet. Wenn bereits 2007 die Arbeitszeit reduziert wurde, hätte längst ein politisches Umdenken und eine entsprechende Anpassung im Personalbereich passieren müssen.

Er stellt fest, dass das Engagement hoch ist – die Ausstattung dagegen schlecht. So wurde jüngst ein dringend benötigter Ergänzungsbau / Spritzenhaus für die Feuerwehr in Farge in das Jahr 2016 verschoben.

Frau Bensch fragt, wie Ausfälle bei z.B. Krankheit, Fortbildung oder Urlaub aufgefangen werden.

Herr Knorr erklärt, dass diese Faktoren im Personalschlüssel mit eingerechnet sind.

Herr Bauer erklärt, dass Bremen unterhalb von sogen. „Untergrenzen“ liegt. Dies ist auf Dauer nicht haltbar und seine Sorge gilt den Kolleginnen und Kollegen, sowie den Bürgern.

Frau Stitz zeigt sich fassungslos angesichts solcher Berichterstattung. Ihr bisheriges Sicherheitsgefühl hat sich gerade ins Gegenteil gekehrt. Auch sie fordert weiteres Personal und ein weiteres Fahrzeug.

Herr Scharf antwortet, dass es Prioritäten gibt – Forderungen sollten direkt an den zuständigen Senator, Herrn Mäurer, gehen.

Frau Krohne fragt nach dem Status der Freiwilligen Feuerwehren. Sie hat bisher geglaubt, dass das „hobbymäßig“ betrieben wird.

Herr Scharf erklärt, dass die freiwilligen Feuerwehren voll im Einsatz sind und bei Einsätzen gleichzeitig benachrichtigt werden und ihren Dienst leisten.

Herr Christahl fragt, ob sichergestellt ist, dass genug Personal vor Ort ist, wenn 2 Brände gleichzeitig gemeldet werden.

Herr Knorr antwortet, dass das in keinem Fall in Bremen gewährleistet werden kann. In Bremen-Nord wird die 1. Einheit benachrichtigt, dann ist die Feuerwache 5 gefragt. Er stellt klar, dass die geltenden Dienstvorschriften eingehalten werden. Die Sicherheit der Einsatzkräfte ist gewährleistet. Die Qualität gegenüber den Bürgern nicht – dies hat die Politik zu verantworten.

### **Beschlussvorschlag**

1. Der Beirat Blumenthal fordert den Senator für inneres und Sport auf, eine Schlechterstellung der Feuerwehr Bremens hinsichtlich der Personalausstattung usw. zu Wehren vergleichbarer Städte auszuschließen.
2. Die Ausstattung der Feuerwehr Bremen-Nord (Feuerwache 6) muss an die Belange vor angepasst werden und darf nicht gegenüber anderen Wehren im übrigen Stadtgebiet abfallen. Dabei ist z. B. besonders die geografische Lage zu berücksichtigen.
3. Der Beirat Blumenthal fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die Stilllegung des zweiten Hilfeleistungslöschfahrzeugs (HLF) für die Feuerwache 6 zurückzunehmen und fordert die erneute Beschaffung eines zweiten HLF.
4. Der Beirat Blumenthal erwartet, dass der Senator für Inneres und Sport alle Anstrengungen unternimmt, das ohnehin für Bremen bereits reduzierte Schutzziel (acht Funktionen in zehn Minuten) auch für Blumenthal zu garantieren.

5. Der Beirat Blumenthal erkennt die Ersatzlösung mit einem zweiten Tanklöschfahrzeug (TLF) von der Feuerwache 5 als inakzeptabel zurück, weil dies innerhalb der Zeitfrist nicht in Blumenthal ankommen kann.
6. Der Beirat Blumenthal begrüßt ausdrücklich die verbesserte Ausstattung der beiden Freiwilligen Feuerwehren in Blumenthal und Farge. Allerdings dürfen die FF nicht als Lückenbüßer für eine reduzierte Ausstattung der Berufswehr ausgenutzt werden.
7. Der Beirat Blumenthal fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die Mittel für die notwendigen Instandhaltungsarbeiten in den beiden Freiwilligen Feuerwehren des Stadtteils bereitzustellen und den schon lange geforderten und zugesagten Ergänzungsbau in Farge unverzüglich zu erstellen.
8. Der Senator für Inneres und Sport wird gebeten, dem Beirat Blumenthal die aktuellen Statistiken in Bezug auf die relevanten Feuerwehrthemen im Stadtteil (Einsatzzahlen, Ausstattung, Zeiten ...) zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **TOP 6 Anträge und Anfragen**

aus der letzten Sitzung:

- Bündnis 90/Die Grünen

Antrag auf „ein neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände

**„Der Beirat Blumenthal stellt den Antrag, bei der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ein neutrales Schadstoffgutachten des anzukaufenden BWK-Geländes in Auftrag zu geben.**

**Begründung:**

**Das vorhandene Gutachten der BWK (Eigentum und in Eigenregie erstellt) ist nicht als Grundlage in Betracht zu ziehen. Ein eigenständiges Gutachten ist zwingend nötig, um einer evtl. Schadstoffbeseitigung auf Kosten der Steuerzahler zu entgehen.**

**Der Verursacher haftet für entstandene Kontaminationen.“**

dazu

- CDU

Änderungsantrag zum Antrag B´90/Grüne „neutrales Schadstoffgutachten auf BWK-Gelände“

**„Der Beirat Blumenthal beantragt bei der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, dass vom Eigentümer, des BWK-Gelände, eigen erstellte Schadstoffgutachten in den anstehenden Kaufvertrag mit der Stadt Bremen, zum Vertragsbestandteil zu machen. Das Gutachten ist anschließend zu prüfen auf seine Vollständigkeit und ob alle Risikobewertungen zum Gelände enthalten sind. Im Vertrag muss eine Verpflichtungsklausel enthalten sein, dass alle vorhandenen Bodenverunreinigungen auf Kosten des Voreigentümers saniert werden und alle bereits bekannten Schadstoffbelastungen. Zusätzlich muss eine Vertragsklausel enthalten sein, dass alle eventuell bisher nicht bekannten Schadstoffbelastungen vom Voreigentümer auf seine Kosten saniert werden müssen. Zusätzlich sollte eine angemessene Bankbürgschaft bis zur abschließenden Gutachtenbewertung und abschließender Geländeuntersuchung auf ein Sperrkonto hinterlegt werden, oder die Auszahlung des Kaufvertrages wird solange auf ein Sperrkonto hinterlegt bis**

**eine endgültige Abschlussbewertung eines Gutachters über das Gelände und Bodenverhältnisse vorliegt“.**

Frau Kröger-Schurr fordert das Ortsamt auf, umgehend die Wirtschaftsförderung Bremen und Hr. Czellnik vom Senator für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung einzuladen um das Gutachten dem Beirat vorstellen zu lassen.

Der Vorsitzende erklärt, dass Hr. Czellnik bereits zugesagt hat, dem Beirat das Gutachten baldmöglichst vorzulegen. Dann erfolgt Diskussion in den Fraktionen. Wenn es Fragen dazu aus dem Beirat gibt, wird eine entsprechende Beratung erfolgen.

Der Beirat beschließt:

**Die Beschlussfassung zu den vorliegenden Anträgen wird solange ausgesetzt, bis aktuelle Unterlagen (das Gutachten) dem Beirat vorliegen.**

- Die Linke

Präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit

**„Der Blumenthaler Beirat fordert den Senator für Inneres auf, sich umgehend mit den Zuständen im Blumenthaler Zentrum zu befassen und unverzüglich präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit zu ergreifen.“**

Frau Stitz fragt, welche Zielsetzung der Antrag hat. Gibt es Vorschläge an Maßnahmen durch die Antragstellerin? Sie hält den Antrag für zu allgemein – er sollte konkreter formuliert werden.

Frau Krohne erklärt, dass dies durch den Innensenator entschieden werden muss. Sie schlägt vor, dass zusätzliche Streifen im Einsatz sein sollten um eine erhöhte Präsenz vor Ort zu erreichen.

Herr Voß erklärt, dass die Polizei ständig präventiv, mit dem zur Verfügung stehenden Personal, tätig ist. Erfolge stellen sich bereits ein – die Polizei ist gut aufgestellt.

Herr Schwarz schlägt vor, das Thema in einer Sitzung des Koordinierungsausschusses, gemeinsam mit dem Revier zu erläutern und den Antrag bei Bedarf erneut in den Beirat einzubringen.

Frau Krohne erklärt sich damit einverstanden.

Beschluss: einstimmig

- CDU

Schusswaffengesetz (**Anlage 1**)

dazu

- Die Linke

Änderungsantrag zum Antrag der CDU „Schusswaffengesetz“ (**Anlage 2**)

Frau Krohne stellt den Antrag, sich nicht mit dem CDU-Antrag zu befassen. Es gibt einen Antrag an die Bürgerschaft, das Ergebnis sollte abgewartet werden.

Herr Schwarz hält den Antrag aufrecht. Es soll ein Signal gesetzt werden, dass die Einführung dieser Steuer unverhältnismäßig ist.

Nach GO wird dem Bürgerschaftsabgeordneten Herrn Sükrü Senkal das Wort erteilt.

Herr Senkal erklärt dazu, dass Schusswaffen in Privathaushalten nichts zu suchen haben. Es gibt die Möglichkeit, Waffen in Vereinsräumen aufzubewahren. Vereine sind „juristische Personen“ und werden nicht besteuert.

Herr Thormeier ergänzt, dass Sportschützen ihre Waffen in einem Tresor sicher aufbewahren müssen. Es gibt diesbezüglich gelegentliche Überprüfungen der

Behörde. Eine 100%ige Sicherheit gibt es für diesen Bereich nicht, er ist jedoch der Meinung, dass in Privathaushalten die Sicherheit sehr hoch ist. Viele Vereine sind alarmtechnisch nicht ausreichend ausgestattet. Es kämen erhöhte Kosten dafür auf die Vereine zu. Dort würden dann Waffen in hoher Anzahl aufbewahrt und u. U. würden sich dort die Einbruchszahlen erhöhen.

Herr Pfaff erklärt, dass es dem Wassersportverein gar nicht möglich ist seine Waffen (Signalpistolen) sicher zu verwahren.

Der Vorsitzende fragt, ob der Beirat überhaupt zuständig ist, einen solchen Antrag (über Steuern) zu beschließen.

Frau Stitz schlägt vor, dass die Fraktionen sich mit den Abgeordneten in Verbindung setzen und den Antrag evtl. erneut einzubringen.

Herr Schwarz stellt den Antrag zunächst zurück – er wird ihn überarbeiten und erneut einbringen.

Herr Schurr beantragt nach GO den Schluss der Debatte. Dem wurde nicht widersprochen.

### **TOP 7 Verschiedenes**

#### Termine:

- 23.01. 19.00 Uhr gemeinsame Sitzung der Beiratsausschüsse für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt sowie Soziales, Gesundheit, Freizeit, Kultur und Sport im Stiftungsdorf Dillener Str.
- 13.02. 19.00 Uhr öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße

Die Sitzung endet um 22.00 Uhr

*gez. Nowack*

*gez. Schwarz*

*gez. Britt*

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
stellvertretender Beiratssprecher

\_\_\_\_\_  
Protokoll